

Feinstaub

Neckartor "größtes Sorgenkind"

Stuttgart - In Baden-Württemberg sind nach Angaben von Umweltministerin Tanja Gönner (CDU) seit Jahresbeginn die EU-Grenzwerte für Feinstaub an vier von elf Messpunkten überschritten worden. Das "größte Sorgenkind" mit 88 Überschreitungen sei das Neckartor in Stuttgart. Daneben wurde in Pleidelsheim (Kreis Ludwigsburg/35), Ludwigsburg (44) und Schwäbisch Gmünd (Ostalbkreis/37) der zulässige Tageshöchstwert von 50 Mikrogramm Feinstaubpartikel pro Kubikmeter Luft an mehr als den erlaubten 35 Tagen erreicht oder übertroffen.

Gönner kündigte am Mittwoch im Stuttgarter Landtag an, im kommenden Jahr die Zahl der Messpunkte von elf auf 25 auszuweiten. Zudem sollen an 100 viel befahrenen Straßen Voruntersuchungen stattfinden, um besonders belastete Strecken zu identifizieren. "Wir wollen nicht nur mit Luftreinhalte- und Aktionsplänen die Belastung vermindern, sondern auch die Messungen im Land systematisch ausbauen, um gezielte Gegenmaßnahmen zu entwickeln", sagte die Ministerin. Kommunen können dem Ministerium "straßennahe Belastungspunkte" melden, das dann die höchstbelasteten Strecken für die Spotmessungen auswählt.

Boris Palmer (Grüne) kritisierte, das Land habe die Problematik auf die lange Bank geschoben. Es habe erst reagiert, als es vom Verwaltungsgericht Stuttgart zur Aufstellung eines Aktionsplanes für Stuttgart verurteilt wurde. Das Land hat dagegen Berufung eingelegt. Palmer warf der CDU/FDP-Koalition vor, sich "zum Büttel der Autoindustrie" gemacht zu haben und einer "falschen Lobbypolitik" aufgesessen zu sein.

Gönner gab zu, dass trotz vielfältiger Maßnahmen zur Luftreinhaltung "die ehrgeizigen Ziele" vor allem in unmittelbarer Nähe besonders verkehrsbelasteter Straßen nicht überall erreicht wurden. Dies gelte allerdings nicht nur in Baden-Württemberg, sondern bundes- und europaweit. Die Ministerin warnte davor, das Problem zu verharmlosen. Unumstritten sei, dass Feinstaub gesundheitsgefährdend ist. Im Spannungsfeld von Umwelt- und Gesundheitsschutz sowie wirtschaftlichen und sozialen Aspekten müsse "eine sorgfältige Abwägung" getroffen werden. Gönner verlangte bundesgesetzliche Regelungen, um notwendige Fahrverbote durchsetzen zu können.

Die FDP-Abgeordnete Heiderose Berroth schlug vor, am Neckartor in Stuttgart "einen Staubsauger zu installieren, der dann die Luft filtert". Die Liberale verlangte von der Regierung auch Messungen im Umfeld industrieller oder gewerblichen Anlagen. Für die Abgeordnete Regina Schmidt-Kühner (SPD) kommt der Aktionsplan für Stuttgart viel zu spät. Sie forderte die Regierung auf, mehr Geld für den öffentlichen Personennahverkehr zur Verfügung zu stellen, um den individuellen Straßenverkehr zu reduzieren.

dpa/lsw

29.06.2005 - aktualisiert: 29.06.2005, 15:31 Uhr